

Verein fair-fish.net international association
Fix: 0041 522 222 588 · Skype: billohps
– Sitz: Zentralstrasse 156 · CH-8003 Zürich
– Vorsitz: Via Giarette 109 · I-3474 Monfalcone
– Deutschland: Bahnhofsplatz · 876327 Pfinztal
– Österreich: Luigi-Kasimir-Gasse 30 · 8045 Graz
international@fair-fish.net · www.fair-fish.net



Kritik der Reform der Europäischen Fischereipolitik

Sehr gedämpfte Hoffnung

Im Februar 2013 haben das Europäische Parlament und der EU-Minister-rat Vorbeschlüsse zur Reform der Gemeinsamen Fischereipolitik gefasst, die teilweise noch weit auseinanderliegen. Der irische EU-Vorsitz will die Reform bis Ende Juni an Bord bringen. Man wird sich wohl auf einen Kompromiss einigen, der die Hoffnungen von Öko- und Entwicklungs-Organisationen enttäuscht – ganz zu schweigen von den Forderungen von fair-fish an die Reform.

Der Beschluss des Europäische Parlament (EP) zur Gemeinsamen Fischereipolitik (GFP) ist vor allem in einer Hinsicht historisch: Zum erstenmal überhaupt konnte das EP gestützt auf den Lissabonvertrag gleichberechtigt mit dem EU-Minister-rat (Rat) in den Gesetzbildungsprozess der Fischereipolitik eingreifen. Und das Parlament tat dies sichtlich unabhängiger von nationalen Fischerei- und Agrar-Lobbies als die Minister.

Parlament überrascht mit strengen Beschlüssen

So hiess das EP am 6. Februar 2013 mit 502 gegen 137 Stimmen eine Vorlage gut, welche die deutsche Abgeordnete Ulrike Rodust (SPD) als Berichterstatterin vorgelegt hatte. Die Vorlage folgte dem Entwurf der EU-Kommission, ergänzte und präziserte ihn aber in zahlreichen Punkten.¹

Das EP will eine Reform der letztmals 2002 definierten GFP, die nun endlich die Fischbestände schont statt dezimiert:

- für mehrere Jahre festgelegte Fangquoten auf wissenschaftlicher Grundlage, welche den höchstmöglichen Dauerertrag (MSY) nicht überschreiten²
- ab 2014 Verbot des Rückwurfs von unerwünschten Fischen (heute rund ein Viertel der Fänge) und Anlandung aller Fänge
- europäische Fangschiffe müssen die EU-Bestimmungen auch ausserhalb der EU einhalten
- Fischereiabkommen mit andern Ländern nur soweit es sich um Überschüsse handelt, welche das Land nicht selber ausbeutet.³

¹ www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+IM-PRESS+20130201IPR05571+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE
und www.fishupdate.com/news/fullstory.php/aid/18962

² news.sciencemag.org/scienceinsider/2013/02/european-parliament-approves-amb.html?ref=em

Ministerrat hört auf industrielle Interessen

Die Agrarminister der EU-Mitgliedsstaaten (EU-Ministerrat, Rat) haben am 26. Februar erhebliche Abstriche an diesen Vorgaben vorgenommen, unter dem Druck der Fischerei-Industrie vor allem Spaniens und Frankreichs. Die Vertreter der Industrie hatten im Vorfeld immer wieder argumentiert, ein rasch greifendes und totales Rückwurfverbot sei nicht umsetzbar, da viele Schiffe zu wenig Stauraum hätten, um alle gefangenen Fische an Bord zu nehmen.⁴ Das zeigt, dass die Industrie den Sinn der Massnahme noch immer nicht begriffen hat: Es geht ja nicht darum, weiterhin viel unverkäuflichen Beifang zu machen, sondern um eine Veränderung im Fischereigebahren, die zu weniger Beifang führt.

Ferner bemühte die Industrie einmal mehr das Argument mit den Arbeitsplätzen, welche durch die GFP-Reform angeblich gefährdet würden. Tatsache ist aber, dass weltweit die Hälfte der Fische von kleinen Booten gefangen wird, welche rund 95 Prozent aller in der Fischerei Beschäftigten Arbeit geben. Sogar in Europa sind immer noch zwei Drittel der Beschäftigten in der kleinen Fischerei tätig, und es sind vor allem ihre Arbeitsplätze, die durch die bisherige, einseitig auf die Industrie ausgerichtete GFP gefährdet werden. Die längst fällige Redimensionierung der industriellen Fischerei mit ihren gewaltigen Überkapazitäten würde also keine sozialen Probleme schaffen, sondern sie vielmehr entschärfen.

Streit um Rückwürfe, anderes bleibt im Dunkeln

Auch der Rat will zwar den MSY künftig als feste Bezugsgrösse für das Fischereimanagement festlegen, doch das Rückwurfverbot will er nur schrittweise bis 2019 einführen und weiterhin Rückwürfe bis zu 7 Prozent der Fangmenge zulassen.⁵ Das trägt ihm massive Kritik von Umweltverbänden⁶ und aus dem EP⁷ ein, derweil die Industrie Beifall klatscht⁸.

Während man sich nun über der Frage der Rückwürfe die Köpfe heissredet, gehen andere wichtige Punkte unter – zum Beispiel die vom Rat geplante Einführung individuell übertragbarer Fangquoten, welche Konzentration auf grosse Fischereien noch fördern wird.

Das wird drastisch deutlich, wenn wir das in der GFP-Reform bisher Erreichte gegen jene Massnahmen halten, die der Verein fair-fish 2009 zu Beginn der GFP-Reform als notwendig vorgeschlagen hatte, um zu einer wirklich nachhaltigen Fischereipolitik zu gelangen:

³ www.brot-fuer-die-welt.de/presse, Suche: «EU-Parlamentsbeschluss zur Fischereireform»

⁴ www.fishupdate.com/news/fullstory.php/aid/19099 und www.fishupdate.com/news/fullstory.php/aid/18973

⁵ www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/de/agricult/136284.pdf

⁶ www.ocean2012.eu/press_releases/101-eu-fisheries-ministers-fail-to-match und blog.greenpeace.de/blog/2013/02/27/eu-minister-streiten-uber-fischereireform

⁷ www.spd-schleswig-holstein.de/aktuelles/aid/5564

⁸ www.seafoodsource.com/print.aspx?id=19717

Die von fair-fish geforderten Massnahmen⁹

1. Fischkonsum drosseln statt fördern

Kein Akteur in der EU setzt beim Konsum an, weder Behörden noch Nichtregierungsorganisationen noch die Branche selbst. Die strengste vom EP ins Auge gefasste Massnahme ist die Einhaltung des höchsten Dauerertrags (MSY). Viel klüger wär's nach Rainer Froese allerdings, auf den höchsten ökonomischen Dauerertrag (MEY) zu setzen. Während der MSY die natürliche Grösse eines Fischbestands um etwa 50% reduziert, bliebe sie dank MEY bei etwa 65% (siehe fair-fish-info 40)¹⁰. Das deckt sich mit der Forderung kritischer Wissenschaftler und Umweltorganisationen, sich nicht am MSY zu orientieren, sondern an der sicherheitshalber grösser berechneten Biomasse eines Bestands (BMSY), welche den MSY gewährleistet.¹¹

Schon beim EP vermissen wir entschiedene Massnahmen, wie sie Froese und Kollegen empfehlen: Reduktion der Befischung um mehr als 50% während wenigstens 4 bis 5 Jahren, damit sich die Bestände voll erholen können und dann bei nachhaltiger Befischung bis zu 60% mehr Fisch liefern würden. Es ist bemerkenswert, dass solch einfache ökonomische Tatsachen weder von den Fischern noch von den Umweltorganisationen ernst genommen werden.

2. Förderung der Aquakultur nur, wenn sie das Fischwohl gewährleistet und zugleich viel weniger Fisch verfüttert als gewinnt.

Kein Akteur in der EU setzt sich entschieden für diese zwei Ziele ein. Die Folge: Es wird in Europa weiter Fisch gezüchtet, der mit Fischen gefüttert wird, die ein Mehrfaches seines Gewichts ausmachen. Ökologisch ist das nicht einmal, wenn es ein Biosiegel trägt, ethisch vertretbar schon gar nicht.

3. Europäische Schiffe fischen nur noch innerhalb der Gewässer der EU

Kein Akteur in der EU verlangt diese Konsequenz; alle gehen davon aus, dass es normal ist, wenn EU-Fangschiffe vor den Küsten Westafrikas, Lateinamerikas usw. fischen. Dabei handelt es sich hier ausschliesslich um grosse Schiffe mit hohem Zerstörungspotential und wenig Arbeitsplätzen, die im Wertsüden Fischbestände plündern und viele lokale Arbeitsplätze vernichten.

4. Verbot der Befischung überfischter Bestände oder gefährdeter Arten

Es wäre nichts als vernünftig, einen übernutzten Bestand solange nicht zu befischen, bis er sich erholt hat (siehe Punkt 1). Aber kein Akteur in der EU macht sich hierfür stark.

5. Verbot industrieller Fangmethoden wie Grundschleppnetze

Es wäre gleichermassen nur vernünftig, Fangmethoden zu verbieten, welche viel Rückwurf verursachen oder den Meeresboden beeinträchtigen. Das EP hat bei der EU-Verordnung über die Tiefseefischerei¹² Schritte in diese Richtung eingeschlagen, aber der Rat blockt sie ab.

⁹ www.fair-fish.ch/wissen/politik/europa1.html

¹⁰ www.fair-fish.ch/files/pdf/aktuell/info-40.pdf (Seiten 2 und 3)

¹¹ Sidney Holt: MSY not ideal solution for fisheries management, www.seafoodsource.com/newsarticledetail.aspx?id=20105

¹² www.fair-fish.ch/blog/archive/2013/03/24/tiefseefischerei.html

6. Förderung der EU nur noch an Betriebe, welche Mindestauflagen an Tierschutz und Nachhaltigkeit erfüllen

Ebenfalls vernünftig wäre es, Subventionen in der Fischerei endlich an qualitative statt quantitative Bedingungen zu binden. Einzig einige Umweltorganisationen fordern dies; eine Umsetzung durch die EU ist nicht in Sicht.

7. Berücksichtigen, dass Fische leidensfähige Lebewesen sind und rücksichtsloser Umgang zu schlechter Qualität führt.

Kein Akteur in der EU setzt sich für Tierschutz in der Fischerei ein, auch das EP ist weit entfernt von derartigen Forderungen.

8. Schaffung von untereinander vernetzten Meeresschutzzonen (MPA)

Ausser einigen Umweltorganisation verlangt niemand grossräumige MPAs in Europa. Man fragt sich, wie EP, Rat und Kommission sich denn eine Wiederherstellung all der schwer übernutzten Fischbestände vorstellen.

*Billo Heinzpeter Studer
Monfalcone, 1. April 2013*